

zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion



Foto: imago/ipoN

## Tarifeinheit = Streikverbot

Animiert von den Arbeitgebern, will die Bundesregierung das Streikrecht in Deutschland gesetzlich regeln. Das kann sich nur gegen Gewerkschaften richten, die ihre soziale Aufgabe in der Organisation von Gegenmacht gegen die Dominanz des Kapitals verstehen oder jedenfalls ihre Forderungen an den Interessen ihrer Mitglieder, nicht aber an denen der Unternehmen ausrichten. Hier entsteht ein Gesetz, das allen Beschäftigten, die gemeinsam für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen aktiv werden wollen, schaden wird.

### Tariffähigkeit – unverzichtbares Recht jeder Gewerkschaft

Das Grundgesetz und das Tarifvertragsgesetz – eines der wenigen Gesetze im Interesse der abhängig Beschäftigten – lassen keinen Zweifel: Wenn tariffähige (also streikfähige) Gewerkschaften einen Tarifvertrag schließen, gilt er für die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder! Gibt es in einem Unternehmen oder in einer Branche mehrere streikfähige Gewerkschaften, kann das zu verschiedenen Tarifverträgen führen, wenn die Gewerkschaften sich nicht auf gemeinsame

Forderungen einigen. Hat diese Konkurrenz bessere Tarifverträge zur Folge, entsteht gar ein Überbietungswettbewerb, ist das kein Problem für die Beschäftigten, sondern nur günstig für sie. Mit seiner Entscheidung über die Tarifpluralität hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) im Jahr 2010 die neue Realität anerkannt und damit eine jahrzehntelange Rechtsprechung aufgegeben, die vor 40 Jahren noch klar getrennte Branchen und einheitliche Unternehmen kannte, in denen der Grundsatz »ein Betrieb, eine Gewerkschaft« kaum bestritten wurde. Diese Übersichtlichkeit ist von zersplitterten Verhältnissen abgelöst worden, wie sie die Arbeitgeber und der Staat durch Privatisierung und Ausgründungen geschaffen haben – dies gerade in der Absicht, Löhne zu senken, die Arbeitshetze zu steigern, Lohnabhängige zum »unternehmerischen Denken« zu pressen und die Gewerkschaften zu schwächen. Das hat weitgehend funktioniert, aber auch Gegenkräfte provoziert.

### Lehrstück Bahn

Ein Muster bietet die Privatisierung der Bahn. Aus einer Behörde wurde ein Konzern mit Dutzenden von Unterneh-

men (einschließlich einer Leiharbeitsfirma), in denen verschiedene Arbeitsbedingungen gelten. Nicht Verkehrsdienstleistung, sondern Profit zählt. Die neue, aus der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hervorgegangene Gewerkschaft Transnet flankierte diese massiven Verschlechterungen, statt sie zu bekämpfen. Sie agierte als Anhängsel der Bahn AG. Für seine Privatisierungspropaganda und für den Verzicht auf Kritik und Konflikte sollte der Vorsitzende Hansen mit einem Posten im Bahnvorstand belohnt werden. Mitglieder von Transnet zogen die Konsequenz und liefen scharfenweise zur dem Beamtenbund angehörenden GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) – Lokführer waren früher Beamte –, die die Schlüsselstellung ihrer Mitglieder geschickt im Streik einsetzte und zählbare Lohnerhöhungen durchdrückte. Das verschaffte ihr Anerkennung auch bei anderen Berufsgruppen. Insoweit hätten die DGB-Gewerkschaften von diesem Arbeitskampf lernen können, auch die inzwischen durch Fusion mit der GDBA neu etikettierte Verkehrsgewerkschaft EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft). Doch statt die miserablen Arbeitsbedingungen bei der Bahn zu kritisieren und mit einschneidenden Forde-

## zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion

rungen die nächste Tarifrunde gegen den Arbeitgeber vorzubereiten, sekundiert man dem Bahnvorstand, wenn der gegen die GdL hetzt, und behauptet, die größte Gewerkschaft habe das Vorrecht auf Tarifverhandlungen für alle anderen Berufsgruppen.

Die Beschäftigten der Bahn werden von einem Berg von acht Millionen Überstunden erdrückt, es fehlt überall Personal, Ruhezeiten werden nicht eingehalten – so macht die Bahn ihre Gewinne. Wenn die GdL nun neben mehr Lohn eine kürzere Arbeitszeit und damit massiven Personalzuwachs fordert, für Lokführer und für andere Gruppen, trifft sie den tarifpolitischen Nagel auf den Kopf. Das erklärt die hohe Bereitschaft der Mitglieder zum Streik – und die Hetze der Arbeitgeber, der Journaille und der konservativen Parteien. Nicht allein Resentiments, Klassendünkel und Verachtung sind zu hören und zu lesen, neben staatsautoritären Vorstellungen gibt es auch offen repressive Ideen wie die Entrechtung der Gewerkschaften oder deren Unterordnung unter ein nationales Gemeinwohl.

Eine passende gewerkschaftliche Antwort liegt auf der Hand: Die Forde-

rungen der GdL sind richtig, sie sind für alle Beschäftigten der Bahn aufzunehmen und eventuell zu differenzieren. Der Streik der Lokführer (und Lokführerinnen) wäre von der EVG mit Solidaritätsstreiks zu unterstützen. Die Sparten-gewerkschaften treiben keinen Unterbietungswettbewerb, sie schließen keine Gefälligkeitstarifverträge. Sie zeigen, wie es geht!

### Wie kam es zu Gewerkschaften außerhalb des DGB?

Ihr Wachstum ist nicht allein eine Folge zersplitterter Branchen und tarifvertragsfeindlich agierender Arbeitgeber, es entstand und entsteht aus einer schlechten Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften, die sich der Standortlogik des Kapitals und den politischen Prämissen der Regierungen unterworfen haben und vor allem deswegen in den letzten 20 Jahren insgesamt sechs Millionen Mitglieder verloren haben.

Die Gewerkschaft der Fluglotsen (GdF) z. B. setzte sich erst mit eigenen Forderungen von ver.di ab, nachdem die große Gewerkschaft erhebli-

che Verschlechterungen für die Fluglotsen akzeptiert hatte. Ver.di fiel daraufhin nichts Besseres ein, als zusammen mit den Arbeitgebern der GdF die Tariffähigkeit absprechen zu lassen – und fiel vor dem Arbeitsgericht damit durch. Sieht so die von Funktionären im DGB immer wieder beschworene Solidarität aller Beschäftigten gegen die sogenannten Privilegien kleiner Gruppen aus?

Ähnlich ging es dem Marburger Bund. Als ver.di beim Übergang vom BAT auf den TVÖD die tarifliche Lohnfortzahlung für das medizinische Personal in den Krankenhäusern aufgab und deutlich sinkende Einkommen hin-nahm, entzog der Marburger Bund ihr das Verhandlungsmandat und organisierte seine eigene Tariffähigkeit. Das mag Organisationen, die kleine, spezialisierte Gruppen von Beschäftigten vereinen, leichter gelingen als dem großen Catch-all-Verband, ein Selbstläufer ist es keineswegs.

Seither wird aber auch an der Legende gestrickt, die Spartengewerkschaften hätten die gewerkschaftliche Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in den niedrigeren Entgeltgruppen aus reiner Selbstsucht verlassen. Wenn die sich



Foto: imago/IPON

## zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion

durch Zusammenhalt und Kampfkraft gute Gehälter und Sozialleistungen erstritten haben, sind das keine Privilegien, sondern Muster dafür, was die enormen Gewinne der Konzerne von Bahn und Lufthansa für alle Beschäftigten hergäben.

### Streiks? Streiks!

Jeder Arbeitskampf, jeder Streik verlangt Opfer von den Beschäftigten: Lohneinbußen, Beschäftigungsrisiken, Streitereien in den Betrieben, Verfahren vor Arbeitsgerichten. Dennoch muss es in der Wirtschaftsgesellschaft normal werden, einen Arbeitskampf zu führen, um Stress und Druck in der Arbeit zu dämpfen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Die sogenannte maßvolle Tarifpolitik sollte ein Ende haben, denn sie hat den Beschäftigten geschadet und die Gewerkschaften geschwächt.

Die Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes garantiert das Recht auf Streik einschließlich der Folgen in einer komplexen, arbeitsteiligen Gesellschaft. Wirtschaftliche Schäden sind dabei normal. Nur so kann die wirtschaftliche, politische, mediale Übermacht der Arbeitgeber etwas relativiert werden. Nicht nur sie, auch Unbeteiligte haben die Streikfreiheit derer, deren Leistungen sie in Anspruch nehmen, zu akzeptieren. Sie müssen sich dann für oder gegen die Solidarität mit den sozial Gleichen entscheiden. Hier gewinnt der Begriff seinen wesentlichen Inhalt – gegen Kumpanei, Seilschaften, Beziehungen, Kollaboration und was sonst alles in der bürgerlichen Gesellschaft üblich ist. Wächst die Zahl der Beschäftigten, die sich an einem Streik (erfolgreich) beteiligt haben, dann wird auch das Verständnis für Arbeitskämpfe größer. Die Störanfälligkeit der Wirtschaft ist im Übrigen ein Resultat unternehmerischer Entscheidungen: exzessive Arbeitsteilung, Just-in-time-Produktion, Betriebsspaltungen etc. Die Hoheit über die Organisation der Arbeit liegt bei Unternehmern und öffentlicher Hand. Wenn z. B. der Flughafenbetreiber die Sicherheitsdienste auslagert, um die Löhne zu senken, sollte der Reisende sich beim Arbeitgeber beklagen. Wenn der Flieger nicht startet oder der Zug nicht fährt, weil die Beschäftigten streiken, wäre es nicht schlecht, etwas über die Gründe nachzudenken.

### Fatale Konsequenzen der »Tarifeinheit«

Jetzt will der DGB Hilfe vom Staat, die nur eine vergiftete Hilfe sein kann. Wer zur Kenntnis nimmt, wie Streikende und ihre Gewerkschaften beschimpft werden, kann nur entsetzt sein, wenn manche DGB-Gewerkschaften ein Gesetz unterstützen, das nur ein Ziel hat: gewerkschaftliche Kampfkraft zu schwächen und das Streikrecht unwirksam zu machen.

Der Grundsatz der Mehrheitsgewerkschaft, die nach dem geplanten Gesetz allein einen Tarifvertrag aushandeln darf, ist ein willkürlich gesetztes Merkmal, das nichts über Kampfbereitschaft und Kampfkraft einer Gewerkschaft aussagt. Die Minderheitsgewerkschaft müsste immer anerkennen, was die größere Organisation ausgehandelt hat. Durch die Friedenspflicht, die mit dem Abschluss eines Tarifvertrages rechtlich verbindlich wird, wäre sie an jeder eigenen Aktion und an jeder praktischen Kritik gehindert. Ihre schärfste Waffe wäre die Presseerklärung, Mitglieder bräuchte sie nicht mehr. Außerdem: Wie schnell kann eine »Mehrheitsgewerkschaft« zur Minderheit werden, wenn ein Unternehmen gespalten und zerlegt wird. Die Arbeitgeber werden gnadenlos zu nutzen wissen, was ihnen, begleitet vom Beifall aus dem DGB, in die Hand gelegt wird.

Die aktuelle Schwäche der DGB-Gewerkschaften mit einem Gesetz zur Einschränkung des Streikrechts überwinden zu wollen, ist ziemlich dumm, wenn Gewerkschaften staatskritische Organisationen sozialer Gegenmacht sein sollen – wenn nicht, dann ist diese Idee allerdings plausibel. Lästige Konkurrenz wird abgeräumt, mit Staat und Kapital wird die Sozialpartnerschaft gelobt, man ist stolz auf sein Verantwortungsbewusstsein, wie maßvoll man im Interesse des großen Ganzen vom Streikrecht Gebrauch macht. Der Weg der Gewerkschaften in die Bedeutungslosigkeit beginnt nicht mit diesem Gesetz, aber es wird das Tempo auf diesem Weg beschleunigen.

»Wenn Gewerkschaften in einem immer noch prosperierenden Land schon aus nichtigem Anlass eine gesetzliche Streikbeschränkung dulden, offenbart dies ein schwer nachvollziehbares

Maß an Grundrechtsvergessenheit und lässt für die Standfestigkeit in existenziellen Herausforderungen nichts Gutes erwarten.« (Detlef Hensche)

### »Es kömmt darauf an, sie zu verändern.«

Die Arbeitgeber sind mit ihrer Reconquista der Sozialpolitik, des Sozialrechts und des Arbeitsrechts noch nicht durch. Was es an sozialem Fortschritt gegeben hat, wollen sie weiter zurückerobern. Die Politik besorgt ihr Geschäft. Keine Partei hat den Lohnabhängigen in den letzten 15 Jahren so geschadet wie die SPD. Es war der Jusobundesvorsitzende a. D. Gerhard Schröder, der wirtschafts-, sozial- und steuerpolitisch die Reichen geschützt und die Schwachen gezüchtigt hat. Jetzt versucht die Jusobundesvorsitzende a. D. Andrea Nahles, das Streikrecht zu beschneiden – wie immer mit einem flottem Spruch auf den Lippen (»Tarifeinheit«). Der Begriff bedeutet: Die Organisation wird zwar nicht verboten, aber praktisch und rechtlich zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Im Bundestag ist eine Mehrheit sicher. Doch ob die Ministerin mit diesem offenkundigen Verfassungsbruch durchkommt, ist offen. Dieses Gesetz kann nur verfassungsfeindlich sein, weil es das Grundrecht der Koalitionsfreiheit unter Vorbehalte stellt, die von Gerichten nach Opportunität angewendet werden. Ob es auch für verfassungswidrig erklärt wird, hängt von der Stringenz und Wucht politischer, juristischer und gewerkschaftlicher Kritik ab. Die GEW Bayern sollte sich nach Kräften beteiligen.



von Peter Weiß

2003 bis 2013 Organisationssekretär im Büro für Weiterbildung der GEW Bayern

Wichtige, ständig aktualisierte Informationen über die Diskussion »Tarifeinheit« auf: [www.labournet.de](http://www.labournet.de)

Die GEW spricht sich in einer Pressemitteilung vom 18.11.14 gegen den Entwurf für das Tarifeinheitsgesetz aus und gehört damit zu einer der DGB-Gewerkschaften, die durch ihn das Streikrecht und die Tarifautonomie gefährdet sehen.  
[http://www.gew.de/Presse\\_6.html](http://www.gew.de/Presse_6.html)

Unser Autor ist mit der in der DDS üblichen geschlechtersensible Formulierungspraxis nicht einverstanden und bittet, bei seinen Artikeln darauf zu verzichten.